

ö f f e n t l i c h e

N i e d e r s c h r i f t N r. K u S / 0 0 1 / 2 1

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Soziales der Stadt Emmendingen
am Donnerstag, dem 21.01.2021 im Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:18 Uhr

Tagesordnung:

Drucksache

- | | | |
|---|--|-----------|
| 1 | Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern | |
| 2 | Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gremiums Nr. KuS/005/20 der Stadt Emmendingen am 19.11.2020 | |
| 3 | Einbringung Entwurf Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan | 0211/20 |
| 4 | Anpassung der Elternbeiträge für Kindertages- und Schulkindbetreuung | 0318/20/1 |
| 5 | Bekanntgaben der Verwaltung | |
| 6 | Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern | |
| 7 | Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung | |

Anwesenheit:

Der Vorsitzende

Herr Stefan Schlatterer

Die Stadträte

Frau Cornelia Anuschek-Pellegrini

Herr Patrick Bauer

Frau Beate Dumm

Herr Oscar Guidone

Herr Hanspeter Hauke

Frau Angela Hauser

Vertretung für SRin Wonnay

Frau Ulrike Mertz

Frau Susanne Michiels

Herr Joachim Saar

Herr Christian Schuldt

Herr Martin Zahn

Die Schriftführerin

Frau Anne Eichner

Die Ortsvorsteher

Frau Carola Euhus

Herr Karl Kuhn

Herr Rainer Lupberger

Herr Heinz Sillmann

Die Fachbereichsleiter

Herr Alexander Kopp

Die städtischen Fachvertreter

Frau Beate Desenzani

Frau Doriana Hug

Frau Corinna Stählin

Abwesend waren:

Die Stadträte

Herr Andreas Heidinger

entschuldigt/privatbedingt

Frau Marianne Wonnay

entschuldigt/krankheitsbedingt

Die Ortsvorsteher

Herr Felix Schöchlin

entschuldigt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Tagesordnung dem Ausschuss für Kultur und Soziales form- und fristgerecht zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist.

- TOP 1 - Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es gibt keine Fragen von Einwohner_innen.

**- TOP 2 - Niederschrift über die öffentliche Sitzung des
Gremiums Nr. KuS/005/20 der Stadt Emmendingen
am 19.11.2020**

Gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Soziales Nr. KuS/005/20 vom 19.11.2020 der Stadt Emmendingen werden keine Einwendungen erhoben, infolgedessen gilt sie als genehmigt.

- TOP 3 - Einbringung Entwurf Haushaltssatzung 2021 mit 0211/20 Haushaltsplan

OB Herr Schlatterer bittet FBL Herr Kopp den TOP vorzutragen.

SRin Anuschek-Pellegrini möchte wissen, wann es zu Brückensanierungen kommt. Wie ist die Lage der Schützenbrücke. Kann die Brücke saniert werden. FBL Herr Kopp antwortet, dass ein Brückenbuch geführt wird und bei Handlungsbedarf Maßnahmen vorgezogen werden können, um Sicherheit zu gewährleisten. Der Handlungsbedarf bei der Schützenbrücke ist nicht akut.

Weiterhin hat SRin Anuschek-Pellegrini eine Frage zum Klimaschutzkonzept. OB Herr Schlatterer weist daraufhin, dass die Themen alle im TA letzte Woche angesprochen wurden und bittet darum, die Fragen in den Sitzungen der jeweiligen Ausschüsse zu stellen an denen die Fachleute teilnehmen und die Fragen tiefergehend beantworten können.

SRin Anuschek-Pellegrini möchte wissen wofür, die Abkürzung SuE steht. SuE steht für Sozial- und Erziehungsdienst, als Teil des Tarifvertrags, so Frau Hug.

SRin Anuschek-Pellegrini fragt, wie es zu den zwei Stellen für die Digitalisierung kommt. OB Herr Schlatterer antwortete. Eine ausführliche Darstellung gab es im Rahmen der Stellenbeschreibung im HA. Früher gab es eine Auslagerung, die nicht so effizient und auch deutlich teurer war, als eigenes Personal. FBL Herr Kopp möchte zum Bereich Klimaschutz ergänzen, dass es sich nicht um Personalaufwendungen handelt. Diese werden unter dem Bereich Personalkosten verbucht. Bei den 90.000 Euro handelt es sich vermutlich um Kosten für die Erstellung des Konzepts das Extern vergeben wurde. Im EDV Bereich hatte man bis 2017 externe Firmen mit der Betreuung beauftragt. Auf Bitte der Schulleitungen hat die Stadt eigene Mitarbeiter mit der Betreuung beauftragt, nun sind diese zufrieden. Neu ist das Paket Digitalisierung an Grundschulen, deshalb der Vorschlag hier zwei neue Stellen zu schaffen. Die Alternative wäre eine externe Firma zu beauftragen. Dann müsste ein paralleles Netzwerk für die Schulen aufgebaut werden, weil externe Berater nicht in das städtische Netzwerk mit eingreifen dürfen. Dies ist ein großer Nachteil. Außerdem würden die Kosten vierfach so hoch sein, wie die Einstellung von zwei Mitarbeitern.

Außerdem erkundigt sich SRin Anuschek-Pellegrini, nach welchen Kriterien Beamte befördert werden? Gibt es auch eine Beförderung, wenn sich die Stellenbeschreibung ändert? Wie würde man in der freien Wirtschaft vorgehen? FBL Herr Kopp antwortet, dass bei Beamten Stellenbeschreibungen nur gemacht werden, wenn es eine wesentliche Veränderung im Arbeitsfeld gibt. Die Stellenbewertung wird extern vorgenommen. Wird eine Beamtenstelle höher bewertet, wird sie in den Stellenplan mit aufgenommen. Wer über die Beförderung entscheidet, ist abhängig von der Gehaltsstufe. Die Beförderung der hohen Gehaltsstufen werden im SR (ab 13) entschieden, die anderen (11) im HA.

Abschließend möchte SRin Anuschek-Pellegrini wissen, wie es im FB 4 in den Jahren 2019/2020 zu dem steilen Anstieg der Kosten bei den Kindergärten und Schulen kam? FBL Herr Kopp sagt, dass der Kindergarten Windenreute von der Katholische Kirche als städtischen Kindergarten übernommen wurde. Damit verbunden war die

Übernahme des Personals. Weiterhin muss man berücksichtigen, dass auch bei Schaffung weiterer Gruppen in eigenen Kindergärten neues Personal eingestellt wird. Frau Stählin ergänzt, dass verschiedene Anpassungen vorgenommen wurden. Der angesprochene Kindergarten wurde übernommen und das Betreuungsangebot wurde erweitert. Damit verbunden ist ein Anstieg des Verwaltungsaufwands. Es wurde eine zusätzliche halbe Stelle für die Administration geschaffen. FBL Herr Kopp fügt hinzu, dass auch die Tarifierhöhungen 2019 und 2020, die bei 3,2 % lagen, zu dem von SRin Anuschek-Pellegrini gemeinten Knick in der Kurve beitragen.

SR M. Zahn fragt nach, wieso das Grundstück Südwest Rohstoffe nicht bei den Erlösen aus Grundstücken auftaucht. Ist ein Verkauf des Grundstücks ehemals Südwest Rohstoffe, das in der Diskussion zwischen der Stadt und dem Landratsamt ist, im Jahr 2021 nicht vorgesehen? FBL Herr Kopp sagt, dass das Grundstück aktuell verpachtet und nicht zum Verkauf vorgesehen ist. Deswegen ist es nicht bei den Erlösen veranschlagt. Gibt es kein Kaufinteresse vom Landratsamt? Nein, das Landratsamt ist Mieter der Fläche und nicht mit einer Kaufabsicht an die Stadt herangetreten. OB Herr Schlatterer sagt, dass die Stadt dem Landkreis das Grundstück zu einem früheren Zeitpunkt angeboten hat. Aktuell hat das Landratsamt die Fläche von der Stadt als Parkmöglichkeit gemietet.

SR Schuldt findet es gut, wenn Fragen, die erst im Laufe der Zeit auftauchen auch in anderen Ausschüssen beantwortet werden. Im Betracht der Diskussionen der Kreisumlage möchte er darauf hinweisen, dass die Stadt auch in vielerlei Hinsicht vom Kreis profitiert. Viele Besucher des Landratsamts lassen ihr Geld in Emmendingen. Das Landratsamt wächst und ist für immer mehr Personen in den umliegenden Gemeinden Ansprechpartner geworden. FBL Herr Kopp will nicht die Arbeit des Landkreises in Frage stellen. Er weist aber auf einige Zahlen hin: 2012 hat der Landkreis auf das neue kommunale Haushaltsrecht umgestellt. 2018 weist der Landkreis in seiner Bilanz Überschüsse in seinem ordentlichen Ergebnis in Höhe von rund 46 Mio. Euro aus. Alle Leistungen die Sie genannt haben sind Leistungen die im Ergebnishaushalt abgebucht werden, seien es Personalkosten, sei es der ÖPNV, alles Leistungen, die im Ergebnishaushalt mit dargestellt werden. Und trotzdem wurden dort 46 Mio. Euro an Überschüssen erwirtschaftet. Der Ergebnishaushalt des Landkreises ist dementsprechend gut ausgestattet. Man kann darüber diskutieren, ob die Mittel dazu reichen die Investitionen zu tätigen, diese Diskussion kann man führen. Wenn dann aber noch dazu kommt, dass der Landkreis im Jahr 2020 innere Darlehen die er an seine Eigenbetriebe abgegeben hat in Zuschüsse umwandelt, dann ist es gegeben über die Höhe der Kreisumlage zu diskutieren.

OB Herr Schlatterer sagt, dass Fragen selbstverständlich immer gestellt werden können. Allerdings hat man sich auf ein Fachausschussmodell geeinigt. Das gewählte Modell sollte eingehalten werden.

SR M. Zahn erkundigt sich nach der Budgetkürzung im Jahr 2020. Sind im Haushalt 2021 daraufhin auch Budgets gekürzt worden? FBL Herr Kopp antwortet, dass die Budgetkürzung auf diesem Niveau bestehen bleibt. Wenn zusätzliche Mittel in Form von Budgeterhöhungen oder Sonderbedarf angemeldet werden, sind diese zusätzlich als Sonderbedarf auszuweisen. Weitere Budgetkürzungen wurden nicht vorgenommen.

Frau Desenzani berichtet über den Teilhaushalt des FB 4.

SR M. Zahn möchte wissen, ob die Restzahlung beim Jugendzentrum aus dem Wasserschaden resultiert. OB Herr Schlatterer verneint, der Schaden ist abgetreten. Die Versicherung hat den Schaden komplett bezahlt.

SR Saar erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Digitalisierung der Emmendinger Schulen. In der Öffentlichkeit wird immer wieder bemängelt, dass Zuschüsse nicht abgerufen werden. Frau Hug weist auf die ausführliche Darstellung im KuS im Oktober hin. Die Stadt hat zwei Anträge, für Wasser und Windenreute gestellt. Gelder können erst nach Fertigstellung der Projekte der Maßnahmen abgerufen werden. Trotz des Pandemiegeschehens ist die Stadt deutlich vorangekommen. SR Saar möchte eine prozentuale Angabe über den Stand. Frau Hug sagt, dass man bei 20 % des Digital-Paktes 1 im letzten Jahr ist. Sie ergänzt, dass nicht vergessen werden darf, dass weitere Pakete im Digital Paket geplant sind, die bei gegebenen Personal umgesetzt werden müssen, sodass weiteres Personal dringend notwendig ist.

Weiter möchte SR Saar wissen ob es sich bei der Küche im Meerwein Haus um eine neue Küche handelt? Er hat im Kopf, dass man erst in eine sehr kostspielige Küche investiert hat. Frau Stählin sagt ja, es ist eine neue Küche, die Küche im Meerwein Haus muss aus hygienetechnischen Gründen dringend saniert werden. Er meint vermutlich die Küche im Kindergarten in Wasser.

SRin Hauser ergänzt: es gibt keine Endgeräte für die Schüler und es gibt keine Geräte für die Lehrer wie versprochen.

SR Bauer spricht den Kindergarten auf dem Fritz-Boehle-Areal an. Gibt es hier keine Einsparmöglichkeiten? Frau Stählin bittet darum das Projekt als Gesamtprojekt zu betrachten. Der Kinderschutzbund findet hier Räumlichkeiten, für die Miete kommt das Landratsamt auf. Weiter gibt es Platz für einen viergruppigen inklusiven Kindergarten, mit dem ein besonderer Bedarf abgedeckt wird. Die Kosten sind hoch, allerdings jetzt nochmals Änderungen vorzunehmen würde wieder Kosten bedeuten. Die Kosten sind gerechtfertigt, weil mit dem Projekt viele verschiedene Bedarfe abgedeckt werden, es ist mehr als nur ein Kindergarten. OB Herr Schlatterer weist daraufhin, dass sich der SR bewusst zu Passivhausstandard und Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen entschlossen hat. Dies trägt ebenfalls zur Summe bei. Zum Vergleich, der Wasserer Kindergarten hat 5 Mio. Euro gekostet. Natürlich achtete man darauf, dass keine zusätzlichen, weiteren Kosten mehr dazukommen.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan wird zur Kenntnis genommen und zur Vorberatung in den Hauptausschuss, den Ausschuss für Kultur und Soziales, den Technischen Ausschuss und bezüglich der Ansätze für die Ortschaften in die Haushaltsberatung aller Ortschaften verwiesen. Der Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abwasser hat bereits in seiner Sitzung am 13.10.2020 vorberaten.

Im Zuge dieser weiteren Beratungen (Vorberatungen in den Ausschüssen und Ortschaftsräten) wird den jeweiligen Gremien vorgeschlagen, dem in der Sitzung vorgestellten Entwurf Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan sowie den vorgestellten Veränderungen (Änderungslisten) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
12	11	0	1

- TOP 4 - Anpassung der Elternbeiträge für Kindertages- und Schulkindbetreuung 0318/20/1

Frau Stählin stellt den TOP vor.

SR M. Zahn erinnert an die Aussage von FBL Herrn Kopp aus der letzten KuS Sitzung. Er ist ebenfalls der Meinung, dass das Thema nicht ausschließlich im finanziellen Bereich diskutiert werden sollte. Es geht um die Qualität im Kinderbetreuungsbereich. Auch wenn es gerade jetzt sehr schwierig ist, das Thema anzusprechen muss den Tatsachen ins Auge gesehen werden. In Emmendingen steckt man viel Geld in die Kindergärten, die Familien werden unterstützt und das Geld wird vernünftig ausgegeben. Eine Qualitätsoffensive wurde gestartet und es ist nur fair eine Gegenleistung einzufordern. Aus der Vergangenheit haben wir im Rahmen der Beitragsanpassungen Nachholbedarf, eine doofe Situation, in die wir nicht erneut kommen sollten. SR M. Zahn weist darauf hin, dass wir mit den Gebühren unter den Empfehlungen des Städtetags liegen. Er spricht sich für die Anpassung der Gebühren aus.

SR Saar ist auch für die Gebührenfreiheit, er ärgert sich jedoch darüber, dass ausgerechnet die „Nehmerländer“ die Kitagebühren erlassen. Er kann sich den Worten von SR M. Zahn anschließen. Permanent wird in die Qualität investiert. Den zeitlichen und qualitativen Wünschen und Erwartungen der Eltern wird Rechnung getragen. Die CDU trägt den Vorschlag der Verwaltung mit. Eltern, welche die Beiträge in schwierigen Situationen nicht aufbringen können haben andere Möglichkeiten sich diese ersetzen zu lassen oder Hilfen in Anspruch zu nehmen. Für Zeiten, in denen pandemiebedingt keine Betreuung stattfindet werden keine Gebühren erhoben.

SR Schuldt äußert sich für die Fraktion der Grünen. Auch sie tragen den Vorschlag der Verwaltung einer Erhöhung der Gebühren mit.

SR Hauke ist anderer Meinung. Er und seine Partei können sich den Vorrednern nicht anschließen. Er erinnert an die letzte Sitzung und die Worte von SRin Wonnay. Es geht hier nicht ausschließlich um eine finanzielle, sondern vorrangig um eine pädagogische Diskussion. Dieser Bereich kommt ihm in der Diskussion zu kurz. Für ihn bedingt eine Ablehnung der Gebührenerhöhung nicht, dass der Qualitätsstandard den man bisher erreicht hat sinkt. Aufgrund der Pandemie sind die Eltern zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Gerade in dieser Situation ist es ein schlechtes Zeichen um den Haushalt zu retten, die Familien auch noch finanziell zu belasten. Viele Familien leiden unter deutlichen finanziellen Mindereinnahmen. Sie können diese nicht so einfach ausgleichen wie ein städtischer Haushalt. Für die SPD sind soziale Aspekte wichtiger. Die Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt zu erhöhen ist ein falsches Signal. Er fordert, die Beiträge nicht zu erhöhen und das Signal zu senden, dass man sich der sozialen Verantwortung bewusst ist.

SR Hauke hat sich die Folien bezüglich der Deckungsgrade der Beitragszahlungen angesehen. Aktuell wird ein Deckungsgrad von 20 % angestrebt. Derzeit liegt der Deckungsgrad bei 18%. Nach seiner Berechnung kommt er zu Deckungsgraden von 41% und 25 % bei der Kleinkind- und Schulkindbetreuung. Wo liegt sein Rechenfehler? Frau Hug sagt, dass man die Deckungsbeiträge sehr differenziert betrachten muss. Unterscheiden muss man die Bereiche Kindertagesstätten und die Schulkindbetreuung. Bei der Schulkindbetreuung, die meistens etwas aus dem Blickfeld der

Diskussionen gerät, gibt es einige grundlegende Unterschiede. Hier gibt es beispielsweise keinen Rechtsanspruch. Das führt beispielsweise dazu, dass die Zuschüsse, die die Stadt vom Land erhält deutlich geringer ausfallen, als im Bereich der Kindertagesstätten. Weiterhin gibt es hier keine Empfehlungen vom Städtetag. Man ist hier auf eigene Berechnungen angewiesen. Deshalb wurde hier eine sehr ausführliche Analyse des Haushaltsjahres 2019 gemacht und die Deckungsbeiträge angesehen. Durch die fehlenden Zuschüsse müssen die Deckungsgrade durch die Elternbeiträge hier höher liegen. OB Herr Schlatterer möchte Kontinuität ausstrahlen. Wichtig sind Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Die 20% sind den Eltern bekannt und werden auch anerkannt. Frau Stählin ergänzt, dass sich am vergangenen Abend der Gesamtelternbeirat getroffen hat. Auch dort wurde der TOP besprochen. Der Elternbeirat ist involviert und es gibt keine negativen Stimmen dazu. Ebenfalls dafür spricht die Öffentlichkeit der Sitzung, an der keinerlei Eltern teilnehmen. Die Elternschaft trägt wohl das Vorgehen der Verwaltung.

SR Bauer möchte wissen, welche Veränderungen im Rahmen der Zeitmodule in der Schulkindbetreuung geplant sind. Frau Hug sagt, dass die Schulkindbetreuung aufgrund des Auftrags des SR, veränderter Bedarfe der Eltern und Anregungen der Schulleitungen überarbeitet wird. Ziel ist ein modularerer Aufbau. Zukünftig sollen die Module anhand eines Stundensatzes abgerechnet werden. Der Vorschlag der Verwaltung beläuft sich auf 1,70 €/h.

SR Bauer fragt, ob die Eltern derzeit Beiträge zahlen oder nur Eltern, deren Kinder in der Notbetreuung sind. Frau Stählin sagt, dass Elternbeiträge erhoben wurden, weil diese immer zum 01.01. fällig sind und zum 01.01. noch nicht klar war, wie es nach dem 08.01. weitergehen würde. Natürlich werden Beiträge, für Kinder, die nicht in der Notbetreuung sind bei den kommunalen Einrichtungen zurückerstattet. Leider gibt es vom Land noch keine Aussagen, ob es wieder Ausgleichszahlungen gibt, um auch den Freien Trägern analog den städtischen Einrichtungen Erstattungen der Gebühren leisten zu können.

Abschließend geht SR Bauer auf die 144.000 € ein. Hätten wir diese, von der Verwaltung als Mindereinnahmen bezeichnet, als Mehreinnahmen, wenn wir der Erhöhung zum 01.01.2021 zugestimmt hätten? OB Herr Schlatterer sagt, das Thema wurde ursprünglich im September diskutiert, in Annahme man hätte die Erhöhung zum 01.01.2021 durchgeführt wurde der Haushalt erstellt. Das war der Ansatz, wenn wir jetzt, aber nicht zum 01.01., sondern zu den angegebenen Zeiten würde das im Haushalt tatsächlich als Mindereinnahmen ausgewiesen werden müssen. Das ist technisch bedingt. Am Ende macht es das gleiche aus.

SR Schuldt möchte auch nochmal darauf hinweisen, dass im Publikum keine Eltern sind. Das ist auch eine Aussage. Die Eltern tragen den Vorschlag der Verwaltung. Eltern, die sehr große Schwierigkeiten haben profitieren von anderen Vergünstigungen. Es gibt andere Möglichkeiten. OB Herr Schlatterer stimmt ihm zu. Der Anteil, der Familien, die auf städtische Vergünstigungen angewiesen ist, ist sehr gering. Der größere Teil bekommt die Gebühren vom Landratsamt erstattet, darüber hat die Stadt aber keinen Überblick. Die Stadt greift nur bei den wenigen Schwellenhaushalten ein.

SR Bauer findet die ganze Diskussion eigentlich komplett überflüssig. Die Erhöhungen sind schon seit langem notwendig. Der Geschwisterbonus hätte man verschieben

können. Nun erhöht man vieles auf einmal, was natürlich bei vielen zu Kritik führt. Die Erhöhung der Maßnahmen ist sinnvoll, nur eben nicht alles zum gleichen Zeitpunkt. Er empfindet die Erhöhung nicht als moderat. Die Deckung von 20% findet er gut. Auch die regelmäßigen Erhöhungen. Die Umsetzungen zum 01.04. und zum 01.09. sind in Ordnung. Gewünscht hätte er sich das Hinausschieben des Geschwisterbonus, aber die FDP trägt den Vorschlag der Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. zum 01.04.2021: Die Anpassung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in städtischen und konfessionellen Kindertagesstätten gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.
2. zum 01.09.2021: Die Anpassung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in der städtischen Schulkindbetreuung gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
12	10	2	0

SB	Ja	Nein	Eh
12	10	2	0

- TOP 5 - Bekanntgaben der Verwaltung

OB Herr Schlatterer gibt folgendes bekannt:

Die Stadtverwaltung hat am 12.01.2021 beim Arbeitsamt für die **Bereiche Kita, Schulkindebetreuung, Kultureinrichtungen und Reinigungskräfte/Hausmeister in den Schulen/Kitas** Kurzarbeit beantragt. Das Genehmigungsverfahren dauert ca. 10 Arbeitstage.

Der PR ist bereits beteiligt. Er muss wöchentlich über die MA, die in Kurzarbeit geschickt werden, informiert werden. Es gilt der Tarifvertrag Covid 19.

Die Frist, in der Kurzarbeit angekündigt wird, beträgt 7 Kalendertage. Es reicht eine Mitteilung im Intranet. Die betroffenen Einrichtungen sind dann aufgefordert, dem Personalamt umgehend die Listen mit den MA in Kurzarbeit, zukommen zulassen. Mindestens 10% der Belegschaft in den jeweiligen Bereichen müssen sich in einem Kalendermonat in Kurzarbeit befinden und von mindestens 10% eines Entgeltausfalls ihres montl. Bruttogehalts betroffen sein.

Die MA, die in Kurzarbeit sind, bekommen ihr Nettogehalt auf 95% vom AG aufgestockt. Die Stadt bekommt vom Arbeitsamt einen Kostenersatz von 60 bis 70%.

In erster Linie ist der FB 4 betroffen, als Konsequenz aber auch der FB 3 Gebäudemanagement, da dort die Hausmeister und Reinigungskräfte verwaltet werden.

SRin Hauser möchte wissen, wie flexibel man im Bereich der Schulsozialarbeit ist? Wie schnell kann man hier innerhalb eines Monats umschwenken? OB Herr Schlatterer sagt, dass man hier sofort Änderungen vornehmen kann. Die Stadt will ungern Kurzarbeit einführen, es macht nur weniger Sinn es zu Minusstunden kommen zu lassen.

SR Schuldt möchte wissen, in welchem Umfang bei der Stadt die Kurzarbeit gemacht wird. Ist schon klar in welchem Umfang für die verschiedenen Bereiche die Kurzarbeit angeordnet wird? FBL Herr Kopp antwortet, dass nun der Personalbedarf, je nach Notbetreuung ermittelt wird. Die Ermittlungen laufen, einzelne Anträge sind noch nicht gestellt.

- TOP 6 - Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es gibt keine Fragen von Einwohner_innen.

- TOP 7 - Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

SR Schuldt wurde von einigen Bürgern wegen der Schneeräumarbeiten angesprochen. Würde durch Anmietung externen Personals eine Verbesserung der Räumung im Stadtgebiet erreicht werden können? OB Herr Schlatterer bemerkt, dass die Diskussion jedes Jahr geführt wird. Es wird sich immer jemand benachteiligt fühlen. Der Räumplan orientiert sich an den Prioritäten und Räumpflichten. Der Räumplan kann, wenn gewünscht nochmal vorgestellt werden. Im letzten Jahr wurde die Personalkapazität beim Bauhof erhöht um die Kapazitäten auszuweiten. Die Kapazitäten des Bauhofes richten sich nach den Räumpflichten.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20:18 Uhr.

Schriftführerin:

Datum Anne Eichner

Der Vorsitzende:

Datum Stefan Schlatterer

Die Mitglieder:

Datum Unterschrift

Datum Unterschrift